

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1908)
Heft: 15-16

Artikel: Der XVII. Weltfriedenskongress in London
Autor: Weckerle, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802249>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Friede.

Offizielles Vereins-Organ des Schweizerischen Friedensvereins.

Sprechsaal der Friedensfreunde des In- und Auslandes

enthaltend das

Bulletin des Internationalen Friedensbureau in Bern.

Abonnementspreis per Jahr: In der Schweiz Fr. 2. — (für Mitglieder und Nichtmitglieder); im Weltpostverein portofrei Fr. 3. 60. Einzelne Exemplare à 10 Cts. Inserate per einstaltige Petitzelle 15 Cts., für Jahresaufträge nach Uebereinkunft. — Das Blatt erscheint am 20. jeden Monats in einer Doppelnummer von 6—8 Seiten. Redaktion: Für den Vorort des Schweizerischen Friedensvereins, R. Geering-Christ, „Im Wiesengrund“, Bottmingermühle bei Basel. Einsendungen sind an letztere Adresse zu richten.

Annoncen nehmen die Haller'sche Buchdruckerei in Bern, sowie sämtliche Annoncenbureaux entgegen.

Inhalt: Motto. — Der XVII. Weltfriedenskongress in London. — Rund um uns. — Verschiedenes. — Literatur und Presse. — Reklame.

Motto.

Wenn man darüber nachdenkt, erscheint es wirklich unglücklich, dass es im zwanzigsten Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung notwendig sein soll, in einem zivilisierten Lande eine Versammlung abzuhalten, um dagegen zu protestieren, dass die christlichen Staaten jährlich gegen 10,000 Millionen Franken zu dem Zwecke ausgeben, um die eine Nation zur Tötung der andern vorzubereiten.

Aus der Rede des englischen Schatzkanzlers Lloyd George am 28. Juli 1908.

Der XVII. Weltfriedenskongress in London

26. Juli bis 1. August 1908.

Originalbericht von Pfarrer Karl Weckerle.

I. Einleitung.

Unter sehr günstigen Auspizien tagte dieser Kongress in der Weltstadt London. Es war nicht das erste Mal, dass die Friedensfreunde in dieser Stadt zur gemeinsamen Jahresarbeit sich sammelten. Der Gedanke der internationalen Zusammenkünfte zur Verbreitung der Friedensidee ist von England ausgegangen, und so war es auch England, welches den ersten Friedenskongress nach London rief; es war dies im Jahre 1843. Die Friedensbewegung hat in diesem Zeitraum ihre eigenartige Entwicklung durchgemacht. War sie nach allgemeinem Urteil ursprünglich angelegt durch eine kleine Schar von sentimentalisten Idealisten und unverbesserlichen Utopisten, die die Friedenspalme durch Zauberwort von heute auf morgen auf die ganze Welt zu legen hoffte, so hat sie sich inzwischen, zumal in den letzten Jahren, mehr und mehr rationalisiert nach dem Grundsatz: Nur das Vernünftige lässt sich in der ganzen Welt durchsetzen; darum lasst uns das Vernünftige des Friedens der Welt kundmachen. Die Erkenntnis und Anerkennung hat nicht gefehlt. Die Friedenssache macht ihren Weg; in allen zivilisierten Staaten zählt sie begeisterte Anhänger; die breite Masse des Volkes, Parlamente und Souveräne stehen ihr nicht mehr skeptisch oder gar lächelnd gegenüber, sondern sehen in ihr einen mächtigen Faktor fortschreitender Kultur. Eine freudige Ueberraschung war dem rührigen Kongresskomitee noch geworden durch die Tatsache, dass die vom englischen Finanzminister Lloyd George angekündigte Einrichtung eines englischen Friedens-

budgets zur Wirklichkeit geworden ist. Die Regierung hat für dieses Jahr 20,000 Pfund Sterling (500,000 Fr.) mit der ausdrücklichen Bestimmung zur Verfügung gestellt, dass diese Summe im Bedarfsfalle auch erhöht werden kann. Zur Verwaltung dieses Budgets und zur offiziellen Förderung des Friedens wurde im Rahmen des Auswärtigen Amtes ein „Bureau für nationale Gastfreundschaft“ errichtet, das sich unter Leitung des Mr. Lewis Harcourt befindet — ein Beschluss, der zeigt, welch grossen Fortschritt die Friedensbewegung erzielt hat und dass die englische Regierung den hohen Wert der pazifistischen Arbeit zu würdigen weiss. Um ihre Sympathie noch deutlicher kundzugeben, war von der Regierung dem Kongress ein offizielles Bankett angeboten, vom König aber die Geneigtheit geäußert worden, eine Delegation zu empfangen. So konnte der 17. Weltfriedenskongress unter dem Protektorate der zur See stärksten Grossmacht, unter Zustimmung eines gewaltigen Teiles des englischen Volkes, gebilligt und beglückwünscht von König und Parlament unter guten Aussichten seinen Anfang nehmen; dazu ein freundlich strahlender Himmel über der oft in so dichten Nebel gehüllten Stadt. — Die Kongressverhandlungen sollten am Dienstag den 28. Juli offiziell beginnen; allein schon der Sonntag brachte die feierliche Eröffnung durch einen erhebenden

Festgottesdienst

in der herrlichen Westminsterabtei, der ehrwürdigen Krönungskirche der britischen Herrscher. Die Predigt hielt der Bischof von Carlisle über den Text Matth. 5, 9. Seine Ausführungen gipfelten ungefähr in den Sätzen: „Kein wahrhaft guter Mensch kann im Zweifel sein, dass der Krieg mit seinen Verwüstungen und Räubereien, seiner Missachtung des menschlichen Lebens, dem Elend der Verwundeten, dem Klagen der Sterbenden, dem Kummer der Witwen und Waisen, seinem National- und Rassenhass eine unsäglicher Greuel der Menschheit sei. Mag auch der Krieg zeitweise als eine Notwendigkeit erschienen sein, verwerflich ist er doch; mögen viele der edelsten und besten Menschen als Krieger sich ausgezeichnet haben, ein Irrtum wird deshalb nicht zur Wahrheit, weil ernste Männer für ihn kämpfen; so wird der Krieg auch nicht zur guten Tat, weil edle Menschen für ihn eintreten. Er bleibt verwerflich. Wie der Christ jedes Laster an sich oder unter den Menschen bekämpfen soll, so soll auch der Krieg bezwungen, zugleich aber auch die Veranlassung zu solchem durch brüderliche Liebe beseitigt werden,

damit das Reich Gottes sich baue im Herzen des einzelnen Menschen wie im Leben eines ganzen Volkes und der Völker untereinander.“ Es war ein schönes, mannhaftes Wort. Der gut geschulte Domchor, aus Männern und Knaben zusammengesetzt, rahmte das Kanzelwort würdig ein. Es war wie ein freundlicher Gruss aus der Heimat, als im mächtigen Chor aus Brahms Requiem der Satz ertönte: „Alles Fleisch ist wie Gras . . . , aber des Herrn Wort bleibt in Ewigkeit“. Der deutsche Meister hat im grossen Inselreich schon längst bewunderte Aufnahme gefunden. Ein englischer Gottesdienst wäre undenkbar ohne aktive Betätigung der Gemeinde; so wurde die religiöse Feier begonnen und geschlossen durch gemeinsames Gebet und Psalmengesang. — Getrennt vom eigentlichen Bestandteil des pazifistischen Kongresses, aber im deutlichen Zusammenhang damit wurde am Montag eine

„Christliche Friedenskonferenz“

abgehalten, zu welcher Vertreter der verschiedensten Kirchen geladen waren. Diese Konferenz, präsiert von Bischof von Carlisle, fand, wie der Kongress selbst, in der Caxton-Hall statt, einem stattlichen Gebäude, das als Rathaus des Stadtbezirkes Westminster dient. „Die Christenheit und der internationale Friede“ — das war der Hauptgedanke, der in trefflichen Reden allseitig beleuchtet wurde, so erklärte Bischof von Carlisle: „das hervorragendste Merkmal des Christentums ist das Ideal des Friedens“, so forderte Bischof von Hereford „zur Schlichtung entstehender Streitigkeiten ein oberstes Tribunal, demselben Spruch alle christlichen Völker um des christlichen Bekenntnisses willen sich beugen müssten“, so bezeichneten Pfarrer Rohleder und Umfried (Württemberg) es als Pflicht der Einzelkirchen, die Regierungen ihres Landes mit allen Kräften für den internationalen Frieden zu gewinnen, während Redakteur Carpenta (Oxford) darauf hinwies, dass im Religionsunterricht den Kindern die Friedensliebe eingepflanzt werden müsse. Ganz hervorragend und eigenartig nach Form und Inhalt war das Votum des in England sehr bekannten Predigers Dr. Horton. Er stellte sich auf den Standpunkt der ersten Christen und erklärte, die Kirche habe die absolute Pflicht, den Krieg und folglich auch die Vorbereitungen dazu für unchristlich zu erklären. „Eine solche Erklärung können wir vom deutschen Kaiser nicht verlangen, aber wir können sie verlangen von jedem, der im Namen Jesu zu sprechen wagt“; der Satz: es ist besser, Unrecht zu leiden als zu tun, gilt nicht nur für Personen, sondern auch für Staaten! — Hortons Worte haben den heftigen Zorn der Jingo-pressen erregt, während ein anderer Teil der englischen Presse sowohl die christliche Friedenskonferenz wie den eigentlichen Kongress freundlich, ja sehr sympathisch begrüßte. Zu dieser Stellungnahme hat wohl nicht wenig beigetragen die Stimmung bei König und Volk. Eduard VII. ist das erste Staatsoberhaupt einer Grossmacht, das vom Pazifismus offiziell Notiz nahm und durch eine Delegation des Kongresses begrüßt wurde; damit war von oberster Stelle aus der Friedensidee Anerkennung gezollt. Der

Empfang beim König

fand Montag mittag im Buckingham-Palast statt. Die Delegation war zusammengesetzt aus dem Kongressbureau und Vertretern der einzelnen Nationen; Sprecher war der Ehrenpräsident Lord Courtney of Penwith, welcher dem Königspaar nach kurzer Ansprache das Festzeichen, ein Meisterwerk des Künstlers Henry Holiday, überreichte. Der König hiess in seiner Erwidrerung auf diese Worte, in welchen er der För-

derer des Friedens genannt worden war, die Delegierten willkommen und sagte, er empfinde nichts mit aufrichtigerer Genugtuung als die Erkenntnis, dass seine Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Friedens unter den Völkern nicht fruchtlos gewesen seien und das Bewusstsein der hochherzigen Wertschätzung, die seine Bestrebungen in England sowohl wie in den andern Ländern gefunden hätten. Die Herrscher könnten sich kein höheres Ziel setzen als die Förderung des guten Einvernehmens und herzlicher Freundschaft zwischen den Nationen. Dies sei das sicherste und geradeste Mittel, durch das die Menschlichkeit ihr vornehmstes Ideal zur Wirklichkeit machen könnte. Dies Ziel zu erreichen, sei sein unausgesetztes Bemühen und Gebet. Der König sprach schliesslich die Hoffnung aus, dass die Arbeiten des Friedenskongresses gesegnet sein möchten. — Eine besondere Liebenswürdigkeit des Königs war die Einladung an sämtliche Kongressteilnehmer zum Besuch des Schlosses Windsor; sie wurde dankbar und freudig entgegengenommen. Am Mittwoch nachmittag fand unter freundlicher Führung von Palastbeamten die Besichtigung dieser wunderschön gelegenen und herrlichen Sommerresidenz statt.

II. Kongressverhandlungen.

Dienstag den 28. Juli wurde der 17. Weltfriedenskongress durch seinen Ehrenpräsidenten, den als Politiker und Schriftsteller gleich ausgezeichneten Lord Courtney, mit einer glänzenden Rede über das Thema „Recht und Friede“ eröffnet. Der Sprechende führte aus: „Ohne Gerechtigkeit können wir keinen dauernden Frieden haben; mit Gerechtigkeit wird der Weltfriede gesichert sein. Dieser Gedanke ist in einem alten englischen Sprichwort enthalten, das lautet: „Mitleid und Wahrheit begegneten sich, da küsst den Gerechtigkeit und Friede sich“. Ein Blick auf die Kriegsgeschichte der Vergangenheit lehrt, dass viele derselben bei mehr Gerechtigkeit der Völker zueinander hätten vermieden werden können; darum gilt es, die Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Wie kann das geschehen? Durch Appell nicht an die Gewalt, sondern an das Gerechtigkeitsgefühl. Das Völkerrecht muss ausgebaut und gereinigt werden, ein internationales Recht die einzelnen Völker leiten, wie das bürgerliche Gesetz jeden einzelnen Bürger unter sich stellt. In dieser Bestrebung zeigen bereits die Bestimmungen der letzten Haager Konferenz einen grossen Fortschritt. Wenn auch die Erwartungen, die über diese Konferenz gehegt wurden, nicht in allem sich erfüllt haben, so ist doch Grosses erreicht: der Grundsatz von der Gleichwertigkeit jeder Nation — ob eine solche gross oder klein, mächtig oder schwach ist, in der Haager Konferenz wird jede der zivilisierten Nationen als gleichwertig behandelt; ferner ist die Notwendigkeit der Schaffung eines permanenten obersten Gerichtshofes im Prinzip von allen Mächten anerkannt worden; endlich wurde der Haager Konferenz die Vollmacht gegeben, aus eigener Initiative zusammenzutreten, sofern die Zeitumstände solches erfordern. Arbeiten so die Diplomaten an der Schaffung besserer Rechtsverhältnisse der Völker untereinander, so können die Nationen selbst zur gegenseitigen Verständigung viel beitragen, indem sie durch gegenseitigen Verkehr sich in ihren Sitten und Gebräuchen, Denken und Fühlen besser kennen und verstehen lernen. Die Friedensfreunde erstreben ein hohes Ziel: Abschaffung der Kriege, Schlichtung entstehender Streitigkeiten nicht durch die rohe Gewalt, sondern durch den Schiedspruch eines höchsten Gerichtshofes; aber nur in Geduld und Glauben ist solches zu erreichen.“

Die von edler Begeisterung für die gute Sache durchglühte Rede wurde von der zahlreichen Versammlung mit grossem Applaus entgegengenommen. Es sind über 700 Delegierte von mehr als 250 Friedensgesellschaften der ganzen Welt anwesend; vertreten sind folgende Staaten: Grossbritannien und Irland, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Russland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Schweiz, Spanien, Japan, Ceylon, Aegypten, Südafrika, Kanada, Australien, Neuseeland und Alger, ein Sprachenkonglomerat, in welchem allerdings das Englische vorherrschend ist; die Verhandlungen gestalten sich ziemlich schwerfällig, da alle Reden und Debatten wenigstens auszugsweise immer noch in zwei Sprachen, ausser der des Redenden, wiedergegeben werden. Das vermehrte für den Zuhörer, sofern er Sprachenkenntnis hatte, die Richtigkeit in seiner Auffassung der Reden, aber nicht für den Kongress die Fixigkeit im Vorwärtskommen. Um die Beratungen zu erleichtern, waren Kommissionen bestellt, welche die einzelnen Materien besprachen und dem Plenum bestimmte Anträge stellen sollten. Es waren deren folgende:

Kommission A: Aktuelles; Präsident: Prof. Quidde, München;

Kommission B: Internationales Recht; Präsident: Senator La Fontaine, Brüssel;

Kommission C: Propaganda; Präsident: Prof. Dr. Stein, Bern;

Kommission D: Abrüstung; Präsident: G. H. Perris, London;

Kommission E: Erziehung; Präsident: Notar Arnaud, Luzarnes;

Kommission F: Arbeiterorganisationen; Präsident: J. F. Green, London.

Nach Bestellung der Kongressleitung — als Ehrenpräsident: Lord Courteney, als Präsident: J. G. Alexander (England), als Vizepräsidenten: Dr. Richter (Deutschland) und Frau Baronin von Suttner (Oesterreich) — und der einzelnen Kommissionen erstattete Senator La Fontaine als Vertreter des Berner Internationalen Friedensbureaus Bericht über dessen Tätigkeit; er konnte mit Freuden konstatieren, wie die Friedensbewegung aus kleinen Anfängen immer mächtiger anwächst; wie seit dem ersten internationalen Kongress in Paris 1889 mit seiner dürftigen Teilnehmerzahl, unbeachtet von der grossen Welt, tagend in einem kleinen Konferenzsaal, die Friedensidee einen grossen Sieg errungen habe über Intoleranz und Unwissenheit, die so oft Ursachen blutiger Kriege waren. — Eine Reihe Begrüssungsschreiben wurden verlesen, unter ihnen dasjenige des früheren Premierministers Balfour, das für Ohren der Friedensfreunde allerdings etwelche Bosheit enthielt; er erklärte, dass man den Frieden auf drei Arten fördern müsse: durch Erziehung der öffentlichen Meinung, durch Schiedsgerichtsverträge und — durch wirksame Verteidigungsrüstungen. Der Kongress nahm diesen Rat mit geziemendem Humor auf, hatte er doch an anderer Stelle die Genugtuung, von einem anderen führenden Politiker, dem Finanzminister des jetzigen Kabinetts, Lloyd George, ein volles Bekenntnis zur Friedensidee zu hören.

Am Nachmittag traten die bestellten Kommissionen zur Vorberatung der Kongresstraktanden zusammen. Das Internationale Friedensbureau hielt seine Jahresversammlung ab mit Erledigung zahlreicher Geschäfte.

* * *

In der zweiten Sitzung vom Mittwoch nahm der Kongress wiederum verschiedene Begrüssungen entgegen. Besondern Beifall fand ein von russischen

Schriftstellern übersandtes Manifest, in welchem unter Berufung auf den letzten Brief Tolstois hingewiesen wird auf die schrecklichen Zustände im heutigen Russland. Dr. Rivière überbrachte eine Zustimmungsadresse vom Internationalen Aerzteverein. Eine Zeitschrift verschiedener Frauenvereinigungen, eingereicht durch Frau Flammarion, erklärt die Bereitwilligkeit, bei der Verbreitung der Friedensbestrebungen, besonders unter den Kindern, fleissig mithelfen zu wollen.

Prof. Stein (Bern) erstattet Bericht über die finanzielle Lage des Friedensmuseums in Luzern, der Stiftung des verstorbenen Staatsrats Bloch. Das Museum, dessen Unterhalt durch die Eintrittsgebühren gesichert ist, steht vor einer schweren Krisis, da das Gebäude von seinem jetzigen Standort verlegt werden muss. Die Stadt Luzern war durch Anweisung eines andern geeigneten Platzes überaus entgegenkommend; Private und das Friedensbureau haben namhafte Beiträge zum Neubau gestiftet; Sache der Friedensfreunde ist es nun, die fehlende Summe von zirka Fr. 100,000 aufzubringen; er schlägt Ausgabe von 3%-Anteilscheinen zu Fr. 500 vor. Dem Antrag wird zugestimmt und — sofort von einzelnen Teilnehmern eine namhafte Summe gezeichnet.

Zur Beratung kommt: die Stellung der organisierten Arbeiterschaft zur Friedensbewegung. In M. Gignoux, dem Vertreter der französischen Bergmannsvereinigung, findet diese Frage einen glänzend beredten Referenten. Er führt aus: Der französische Arbeiter habe bisher im allgemeinen den Krieg einfach als eine Begleiterscheinung des Kapitalismus betrachtet und dauernden Frieden erst vom Umsturz der kapitalistischen Wirtschaftsform erwartet. Das sei unzulänglich; die Sicherung des Friedens kann nicht warten bis zum Anbruch der erhofften wirtschaftlichen Aenderung; jetzt schon muss alles getan werden, um Kriege zu verhindern und einzuschränken. Auch der auf den Arbeiterkongressen gemachte Vorschlag, der Arbeiter solle sich weigern, im Kriegsfall zu fechten, führe zu nichts; die Folge wäre, dass die am höchsten zivilisierte Nation am ehesten wehrlos und unterdrückt werde. Das einzige Mittel, den Frieden zu sichern, ist die Gewinnung der Massen und die Errichtung des Internationalen Schiedsgerichtshofes. Er stellt den Antrag, dass, um die Arbeiterschaften mehr und mehr für den Pazifismus zu gewinnen, die Leiter künftiger Kongresse wenigstens drei Monate vor deren Zusammentritt die grossen Arbeiterorganisationen zur Teilnahme auffordern mögen. — In der Debatte empfiehlt Westrope (York), ein schlichter Arbeiter, die Kinder schon zur Friedensliebe zu erziehen und den Abscheu vor Zank und Streit einzuflöschen; ein Kreuzzug gegen den Erzfeind Militarismus sei nötig; der junge Arbeiter solle beim Eintritt in die Gewerkschaft schwören, eher den Tod zu erleiden, als zu fechten, es sei denn für die Verteidigung des Vaterlandes. — Nach einigen Bemerkungen anderer sprach schliesslich das sozialistische Parlamentsmitglied Will Thorne im Namen von 1¼ Million englischer Gewerkschafter. Mögen die Arbeiter, so meint er, sich gegen den Krieg erklären, als Soldaten stehen sie unter dem Militärgesetz, und Gehorsamverweigerung könne nicht geduldet werden. Dennoch sei es gut, die Arbeiter für den Friedensgedanken zu gewinnen; denn wenn sie als die Mehrzahl der Bevölkerung davon durchdrungen sind, wird der Militarismus fallen. Auch eine sofortige Abrüstung ist nicht zu befürworten. Wenn England jährlich 30 Millionen Pfund an Rüstungen spare, so sei das ein Geschenk an die Einkommensteuer zahlende Bourgeoisie und ein schwerer Verlust für das Proletariat, denn Unzählige würden arbeitslos. Erst wenn man diese 30 Millionen

für produktive Zwecke, für Reorganisierung der Industrie, für Wiederbesiedelung des Landes verwende, dann könne man sagen, das Geld sei besser angewandt. — Der Kongress nahm die Resolution Gignoux einstimmig an; die Sitzung wird aufgehoben, da der Nachmittag dem Besuch von Schloss Windsor gewidmet ist.

* * *

Die dritte Sitzung (Donnerstag) wurde eingeleitet durch den Empfang einer Deputation der Anglikanischen Bischofskonferenz, die eben im Lambethpalast in London tagte; sie bestand aus den Bischöfen von Ripon (England), von Massachusetts (Amerika) und von Perth (Westaustralien). Die Sympathiebegrüßung begann mit den Worten: „Indem die Konferenz offen die moralischen Gewinne anerkennt, die bisweilen aus dem Kriege zu ziehen sind, freut sie sich doch über das Wachsen höherer ethischer Begriffe, die offenbar werden durch die Bekundung des guten Willens, Streitigkeiten unter den Völkern in friedlicher Weise zu schlichten usw.“ Man sieht, kein volles Bekenntnis zur Friedensidee, aber doch sympathische Zustimmung.

Auf Antrag von Prof. Quidde, als Vorsitzenden der Kommission für Aktualitäten, wird eine Resolution angenommen, in welcher dem König für die erwiesene Gunst Dank ausgesprochen und betont wird, dass der Empfang durch das Staatsoberhaupt ein bedeutsames Ereignis in der Geschichte der Friedensbewegung bilde.

Es folgt die Behandlung der Frage: **Einschränkung der Rüstungen.** Namens der dafür eingesetzten Kommission setzt G. Perris (England) die vorgeschlagene Resolution auseinander. Darin wird gewünscht, dass 1. angesichts des raschen Anstiegens der Wehrlasten die Abrüstungsverhandlungen sofort wieder aufgenommen werden und 2. dass namentlich die grossen Seemächte unverzüglich eine Spezialkonferenz dafür einberufen, damit nicht erst auf eine dritte Haager Konferenz gewartet werden müsse; als bester Weg zu diesem Ziel wird genannt ein vorläufiges Abkommen unter den Staaten, wonach für eine Anzahl von Jahren das Rüstungsbudget im ganzen die Summe der Aufwendungen einer gleichen Anzahl vorhergegangener Jahre nicht überschreiten soll. Yarnall (Philadelphia) stellt den Zusatz, dass die britische Regierung zur Initiative für Einberufung der Konferenz aufgefordert werde. Dr. G. Clark, ein englischer Quäker, hält mit rücksichtsloser Schärfe seinen eigenen Landsleuten eine ernste Busspredigt. „Welche Grossmacht hat seit zehn Jahren am stärksten gerüstet? England! Das einzige Land, das heute der Abrüstung entgegensteht, ist England! Für je zwei Soldaten, die wir vor zehn Jahren hatten, haben wir heute drei! Deutschland muss seinen wachsenden Handel durch die Marine schützen, weil England vorgibt, allein ein Recht zur See zu haben; kann Deutschland abrüsten, wenn England stets den Drohfinger aufhebt?“ Quidde (Deutschland) entgegnet: „Auf beiden Seiten wurde gesündigt; es war ein Fehler, dass sich Deutschland auf die Diskussion der Abrüstung im Haag gar nicht einliess, und schliesslich muss man auch anerkennen, dass die Suprematie zur See ein englisches Lebensinteresse ist.“ Moneta (Italien) wies darauf hin, dass sein Land in den letzten Jahren mit dem Abrüsten ein gutes Beispiel gegeben habe. Pr. Vane (England) stimmt als langjähriger Soldat der Abrüstungsfrage bei, da das gegenseitige Ueberbieten an Rüstungen lächerlich, zwecklos und ruinös sei. Die Resolution Perris mit dem Zusatz Yarnall wird angenommen.

Es folgt ein Bericht über die politische Lage in der

Türkei. Ahmed Riza (Paris) spricht namens der jungtürkischen Partei über die Vorgänge in den Balkanstaaten; er unterbreitet eine Resolution: „Der Kongress nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Herstellung der Konstitution von 1876 und hofft, dass in den verschiedenen Nationalitäten, welche der türkischen Regierung unterstehen, hinfort gleiches Recht und gleiche Pflichten gelten ohne Unterschied von Rasse und Religion, dass die Mächte ihre energische Unterstützung leihen zur Durchführung von Reformen und dass auf Grund der Konstitution es möglich werde, unter den Balkanvölkern ein besseres Verhältnis anzubahnen.“

* * *

Der vierte Sitzungstag (Freitag) brachte eine lange Reihe von Berichten und Vorschlägen. So beantragt Arnaud (Frankreich), diejenigen Mächte, die einem obligatorischen Schiedsgericht zugestimmt haben, mögen baldmöglichst unter sich solche permanente und obligatorische Schiedsgerichtshöfe einrichten; die Regierungen mögen nationale und ein internationales Komitee berufen mit dem Auftrag, ein internationales Gesetzbuch auszuarbeiten. — Dr. Koht (Christiania) spricht mit Befriedigung über die Garantierung der Integrität Norwegens und den Nord- und Ostseevertrag. — Es folgt eine lange Debatte über die Marokkofrage. Der Berichterstatter, Prof. Ruyssen (Frankreich), legte eine Resolution vor, die den Beschluss des letzten Kongresses in München (1907) im wesentlichen wiederholt. Darnach sollen Frankreich und Spanien sich strikte auf die Herstellung der Ordnung beschränken und die marokkanische Polizei einen durchaus internationalen Charakter erhalten. Es entsteht eine sehr temperamentvolle Debatte. Tarrida del Marmel (Portugal) protestiert gegen die Resolution, da die ganze europäische Intervention in Marokko, wie sie geschehen ist, sich als ein Raubakt erweist und zur Annexion führen wird. Huchet (Havre) ist ebenfalls für Ablehnung, weil sich der Kongress dadurch indirekt zum Mitschuldigen an dem Verbrechen in Marokko mache; dort seien ein paar Menschen getötet worden, wie solches auch in Paris und London vorkomme, ohne dass deshalb fremde Armeen Rache nehmen; in Marokko, das ein schwaches Land ist, rückte die französische Armee an und schoss nicht nur Männer nieder, sondern auch Frauen und Kinder und vollbrachte Greuelthaten, die den Tadel der Besten im französischen Parlament hervorriefen. Arnaud (Frankreich) hofft, dass der Kongress nicht die Soldaten tadeln wolle, die nur ihre Pflicht im harten Kriegsdienst getan haben; er stellt, unterstützt von Quidde (Deutschland), den Antrag, die Münchener Resolution aus der diesjährigen ganz wegzulassen und ihr folgenden Wortlaut zu geben: „Der Kongress fordert, dass immer, was auch das Streitobjekt sei, ohne Ausnahme und Verzug dem Haager Schiedsgericht möge unterbreitet werden.“ — Der Kongress protestiert sodann, auf Antrag Quiddes, gegen die vorherrschende Auffassung, die in der Erfindung der Luftschiffahrt nur ein neues Kriegsmittel sieht und stellt den zivilisatorischen Charakter dieser grossen Erfindung fest.

Namens der Kommission für Internationales Recht motiviert Duplessix (Frankreich) einen Antrag, der den Wunsch nach einem obligatorischen Schiedsgericht in allen Konflikten der Staaten ausdrückt. Eine internationale Behörde mit der erforderlichen Exekutivgewalt müsste dazu geschaffen werden, und die Resolution, die nach längerer Debatte angenommen wird, erwartet, dass nach der Einrichtung dieser neuen Organisation, durch welche Sicherheit und Gerechtigkeit den Staaten gesichert sind, diese gezwungen sein

werden, auf ihre Armeen zu verzichten und nur noch Polizeimannschaften für die Ordnung zu unterhalten.

Nach Schluss der Sitzung wurde eine Versammlung von Lehrern und Erziehern unter dem Vorsitz von Prof. Macdonell (England) abgehalten und ein Beschluss dahingehend gefasst: „Es ist die Aufgabe der Lehrer, nicht nur der Friedensbewegung sympathisch gegenüberzustehen, sondern auch mit allen Kräften in Schulen, sonstigen Lehrstätten und Universitäten dafür zu wirken, dass in der Jugend die Friedensliebe mehr denn der kriegerische Geist gepflegt werde.“

* * *

Das Hauptereignis des Tages war das grosse Staatsbankett, zu welchem die englische Regierung sämtliche Kongressdelegierte Freitag abends im grossen Saal des „Hotel Cecil“ zu Gaste gebeten hatte. Bei diesem Anlass sollte der Premierminister Asquith das Wort ergreifen. Es war eine glänzende Versammlung, vom einfachen Arbeiter bis zum hohen Würdenträger, Vertreter grosser und kleiner Staaten, kirchlichen und weltlichen Standes, alle geeint um das Banner des „Weltfriedens“. Lord Harcourt, der Minister des Aeussern, zugleich Vorsitzender des Bureaus für internationale Gastfreundschaft, eröffnete nach Schluss des exquisiten Mahles die Reihe der Reden durch einen Trinkspruch auf den König. Dann erhob sich, begeistert begrüsst, Lord Asquith. „Die Hauptsache ist, dass die Völker dahin gelangen, einander zu kennen und zu verstehen.“ Das war der Grundgedanke seiner Ausführungen. „Erste Pflicht der verantwortlichen Regierung ist, für die Sicherheit des Landes zu sorgen; bei den heutigen Verhältnissen ist die Landesverteidigung eine stete Sorge und die Möglichkeit eines Krieges eine unangenehme, aber nicht zu verschleiernde Wahrheit. Aber es bahnt sich doch ein Fortschritt an dank der wachsenden Zahl der internationalen Abkommen. Ich sage Abkommen und nicht Allianzen, denn letztere, offensive und defensive, sind bisweilen eher Hemmnisse als Hilfsmittel für den Frieden.“ Ueber die Schwierigkeit, die „barbarischen Methoden der Schlächtereie und Eroberung“ durch ein ordentliches Gerichtsverfahren zu ersetzen und weiter den Entscheidungen dieses internationalen Gerichts zur Wirksamkeit zu verhelfen, gibt der Sprechende sich keiner Täuschung hin, meint aber dennoch, dass viele Schwierigkeiten mit Ehrlichkeit, gutem Willen zu überwinden sind. Aufklärung der Völker untereinander, Erziehung der öffentlichen Meinung sind die Wege zu diesem Ziele. Diese schöne Aufgabe haben sich vor allem die Friedensfreunde aller Länder, Sprachen und Stände gestellt, „ich wünsche mit ihnen, dass die grösste aller Reformen bald zum Siege komme, die Aufrichtung und Bewahrung des Friedens in aller Welt“. Eine pathetische Friedensrede konnte vom verantwortlichen Leiter der britischen Regierung nicht erwartet werden; aber was er sagte, war passend und erfüllte alle Erwartungen, die man billigerweise hegen konnte. Das wurde auch allseitig und besonders von Lord Courtenay und mehreren ausländischen Rednern mit Dankesworten anerkannt. Von den Deutschen hob Prof. Quidde, Präsident des letzten Kongresses, hervor, dass im deutschen Volke von feindseliger Gesinnung gegen England keine Rede sei und bat, sich durch die Darstellungen der englischen „gelben Presse“ nicht irreführen zu lassen.

* * *

Am letzten Kongresstag (Samstag) wurde, wie das zu geschehen pflegt, mit etwelcher Ueberhastung gearbeitet, um den Rest der Tagesordnung zu bewäl-

tigen, trotzdem musste ein Teil für den nächsten Kongress zurückgelegt werden. Zunächst wurde die wichtige Frage der rechtlichen Stellung des Privateigentums zur See im Kriege behandelt. Der Berichterstatter Dumas stellt den Antrag, die Haager Konferenz wegen des Verbots der Wegnahme von Küstenfahrzeugen zu beglückwünschen und zugleich zu fordern, dass in Bälde alles Privateigentum zur See für ebenso unverletzlich erklärt werde, wie das zu Lande der Fall ist. Die Resolution wird nach langer, lebhafter Diskussion angenommen.

Namens der Unterrichtskommission entwickelt Arnaud einen Vorschlag zur Schaffung einer gemeinsamen Erziehungsmethode, welche die Völker einander näher bringen könnte. Er schlägt die Einberufung eines internationalen Unterrichtskongresses vor. Thivet (Frankreich) begründet einen Antrag zugunsten der pazifistischen Umgestaltung des Unterrichts; „schon die Kinder müssen unterrichtet werden, dass ein glorreiches Leben edler ist als ein sogenannter glorreicher Soldatentod; sie müssen sich gewöhnen, bei ihren Streitigkeiten an ein Schiedsgericht zu appellieren, statt mit roher Faust ihre Händel auszutragen“. Kräuterkräft (Italien) schildert, wie eine Vereinigung von Müttern in ihren Familien die Kinder vom Spielen mit Bleisoldaten fernhalten, ihnen ebenso verbieten, militärische Uniformen und Waffen zu tragen. Es wird eine Resolution im Sinne Arnauuds formuliert und angenommen, dahingehend: es möge die Organisierung des Unterrichts zur Förderung der friedlichen Annäherung von den Schulbehörden an die Hand genommen und an einem allgemeinen Erziehungskongress behandelt werden.

Zugunsten der nationalen Minderheiten bringt Quidde (Deutschland) den Antrag ein, dass in Ländern mit gemischter Bevölkerung den an Zahl kleineren oder unterworfenen Nationen das Recht auf ihre Sprache gewahrt werden müsse und dass ihnen gegenüber die Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit aufrecht erhalten werden. Frau Dryhurst (Amerika) bringt den Zusatz, die Regierungen zur Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes aufzufordern, an den die nationalen Minderheiten gegen ihre heimische Regierung appellieren können. Da der Antrag der bestellten Kommission noch nicht vorgelegen hat, lässt der Präsident, trotz heftigen Widerspruchs seitens einiger Radikalen, eine weitere Diskussion nicht zu. — Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten wird als Sammelort für den nächsten Friedenskongress Stockholm bestimmt und die Zeit der Abhaltung auf die erste Septemberwoche festgesetzt. Mit einem warmen Appell an die Intellektuellen aller Nationen, der unverantwortlichen Verhetzung entgegenzuwirken und die Rückkehr zur Vernunft anzubahnen, schliesst der sprachgewandte Präsident Alexander den Kongress. „Wenn die Partei des gesunden Menschenverstandes sich mit der Partei des Friedens vereinigt, dann sind wir unüberwindlich.“

* * *

Die besondere Arbeit des Kongresses war beendet. Allein die Aufgabe der Kongresse besteht nicht nur darin, gleichsam hinter geschlossenen Türen vor den schon gewonnenen und überzeugten Mitgliedern die Friedensidee und ihre Verwirklichung zu erörtern, Kongresse müssen auch propagandistisch nach aussen wirken. Da war nun London ein etwas schwieriger Boden. Die Verhältnisse der Riesenstadt sind zu gross, als dass ein Kongress allseitige Aufmerksamkeit auf sich zöge; er verliert so für die ungeheure Mehrzahl der Einwohner viel von seiner propagatorischen Kraft.

Immerhin wurde getan, was möglich war durch Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen.

(Fortsetzung folgt.)

—o—

Rund um uns.

Preussische Dinge. Der Landtag ist der Regierung zu willen gewesen und hat die Polenvorlage angenommen. Einst hat Preussen einen Teil Polens eingesteckt; der Pole ist durch die Entwicklung des modernen Verfassungstaates preussischer Staatsbürger geworden. Er hat aber, wie es bei einem zahlreichen Bevölkerungsteil mit nationaler Tradition, eigener Sprache und Religion nicht anders möglich ist, seine Besonderheit erhalten, er will nicht im Preussentum aufgehen und steht demselben feindlich-abwehrend gegenüber. Nun soll seine Natur ihm zur Sünde angerechnet werden. Das Germanentum scheint sich gegen den Polen nicht mehr anders behaupten zu können, als indem es ihm des Naturrechtes auf die Muttersprache bei öffentlichen Versammlungen beraubt und die gewaltsame Expropriation des Eigentums aus nationalen Gründen einführt. Der nationale Militärstaat verleugnet also den Grundsatz gleichen Rechtes für alle, lässt Macht vor Recht ergehen. Er will Machtstaat alten Systems sein: hier Herrschervolk, dort Untertanenvölker, Polen im Osten, Elsass im Westen; hier Herrschende, dort Regierte, Wähler dritter Klasse! — „Nicht der Sprachen, nicht der Gauen enge Scheidwand schliesst uns aus; rings ob allen Schweizergauen wölbt sich unser Vaterhaus!“ *Bst.*

Unser Ziel. „Unsere kleine Republik ist im wirtschaftlichen Kampfe immer mehr auf die Mittel des Intellektes angewiesen. Unser Ziel sei: immer höher hinauf in allen Dingen, die edel und gut sind!“ (Prof. Dr. Arn. Lang im Kampf für die Zürcher Hochschulbauten.)

Der geniale Erfinder ist natürlich kein Mordgeselle; auch möchte er nicht mit den gewöhnlichen Vertretern dieser Menschensorte in Verbindung gebracht werden. Aber er gibt dem privilegierten Massenmörder immer verruchtere Waffen in die Hand. Erst lehrte er ihn rauchlos schießen. Heute lehrt ihn Maxim geräuschlos schießen; von unsichtbaren und lautlos arbeitenden Maschinen soll künftig der Ueberlistete vernichtet werden.

—o—

Verschiedenes.

Internationale Esperantistenvereinigung. Die Einführung der internationalen Hilfssprache Esperanto in das praktische Leben hat einen mächtigen Impuls erfahren durch die Gründung der Internationalen Esperantistenvereinigung (Universala Esperanto-Asocio).

Das Ziel dieser grossen Vereinigung, die, kaum gegründet, bereits mehrere tausend Mitglieder in 18 Staaten zählt, besteht darin, die Beziehungen jeder Art zwischen verschiedensprachigen Elementen zu erleichtern. Zu diesem Zwecke wird sie verschiedene internationale Dienstabteilungen errichten, die von Reisenden, Touristen, Geschäftsleuten unmittelbar benützt werden können. Die internationale Esperantistenvereinigung hat in jedem Verwaltungskreise ihre Vertreter, denen in erster Linie die Aufgabe zukommt, den Mitgliedern der Vereinigung Auskünfte jeder Art zu geben und ihnen überhaupt nach Kräften bei Anknüpfung von Geschäftsverbindungen etc. behilflich zu sein. Die Vertreter werden namentlich auch dafür Sorge tragen, dass Damen und alleinreisenden jungen Mädchen, die der Landessprache unkundig sind, Un-

terstützung und Rat zuteil wird; eine geeignete Person ist ferner auf jedem Platze dafür bestimmt, Kaufleuten und Industriellen zuverlässige Information zu geben; ein Jüngling, in Universitätsstädten gewöhnlich ein Student, in Hafenstädten ein Seemann, werden sich jeder in seinem Kreise den Mitgliedern der Vereinigung unentgeltlich zur Verfügung halten und ihnen in jeder Weise behilflich und nützlich sein.

Die Internationale Esperantistenvereinigung veranstaltet auch Reisen und Ausflüge für Esperantisten, organisiert Ferienkolonien, wird die Auswechslung von Kindern zur Sprachenerlernung erleichtern, einen internationalen Stellenvermittlungsdienst errichten und, mit einem Worte, alle diejenigen praktischen Einrichtungen treffen, die bei der heutigen Ausbreitung des Esperanto möglich sind. In allen den 500 Zentren, wo sich gegenwärtig Esperantovereine befinden, beschäftigt man sich lebhaft mit der Schaffung der verschiedenen genannten Dienstzweige.

Das Komitee der Internationalen Esperantistenvereinigung besteht zurzeit aus folgenden Mitgliedern: H. Bolingbroke Mudie (London), Präsident; H. Hodler (Genf), Vizepräsident; A. Carles, Th. Rousseau, R. Mesny, S. Meyer, P. Blaise (Frankreich); J. Schmid (Bern) und Dr. S. Whitaker (Liverpool).

Das Land des Esperanto. Die winzige Republik Moresnet, das kleine neutrale Ländchen zwischen Belgien und Preussen, kann sich rühmen, der erste Staat zu sein, der die Pflege der Weltsprache, des Esperanto, mit allen verfügbaren Mitteln betreibt. Bisher galt die deutsche Sprache als überwiegend, aber jetzt begeistern sich die 4000 Einwohner des Ländchens für das Esperanto, und voraussichtlich wird in wenigen Jahren die „neutrale Sprache“ die Landessprache der kleinen Republik sein. In der Schule von Moresnet werden wöchentlich 6 Esperantostunden gegeben; wie das „Journal des Débats“ zu berichten weiss, 2 für die Kinder (70 Schüler), 2 für die Männer (40 Hörer) und 2 für die Frauen (25 Lernbegierige). Zugleich hat sich eine internationale Vereinigung von Handlungsreisenden gebildet, die Esperanto sprechen und die als Sitz ihrer Organisation Moresnet gewählt haben, als den „Staat“, der als einziger amtlich die neue Weltsprache tatkräftig fördert und zur Umgangssprache zu erhöhen trachtet.

— Wie wichtig wäre es, wenn sofort in der ganzen Welt das Esperanto als obligatorisches Unterrichtsfach eingeführt würde. Eine Stunde wöchentlich während des ersten Schuljahres der Mittelschulen ins Lehrprogramm aufzunehmen, wäre eine Kleinigkeit und würde genügen, allen zivilisierten Menschen eine einheitliche Sprache beizubringen. — Auf diese Weise würden in wenigen Jahren die Angehörigen aller Nationen frei miteinander verkehren können.

Wie einfach, wie natürlich ist ein solcher Gedanke, wie selbstverständlich müsste er jedem sein; denn das, was erreicht würde, stände in gar keinem Verhältnisse zur Geringfügigkeit der aufgewandten Zeit und Mühe. Aber dafür fehlt einer fortschrittlichen Epoche, die nur für Kriegsrüstungen Sinn hat, wie es scheint, das Verständnis.

—o—

Literatur und Presse.

Michel, O. H. Die Wohn- und Schlafverhältnisse unserer Schulkinder. (Sammlung pädagogischer Vorträge, XVIII, 2.) Minden in W., Verlag von C. Marowsky. Preis 80 Cts.

Der einzige Erfinder der echten Heublumenseife ist Herr Joh. Grolich in Brünn. Preis 65 Cts. Ueberall käuflich.